

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 160 (1994)

Heft: 9

Artikel: Angriff auf den High-Tech-Export

Autor: Brunner, Dominique

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-63233>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Angriff auf den High-Tech-Export

Dominique Brunner

In ASMZ Nr. 11/1993 wurde die sozialdemokratische «Initiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» als wirtschaftlich unhaltbar, sicherheitspolitisch schädlich und unnötig, zugleich auch ihre Verwundbarkeit erläutert. Im Blick auf die damals im Detail noch nicht bekannte, im Gang befindliche Revision des Kriegsmaterialgesetzes wurde abschliessend festgestellt: «Garde deshalb wären Konzessionen an die Linke bei der in Angriff genommenen Revision des Kriegsmaterialgesetzes unannehmbar. Mit Talleyrand müsste man sagen: «Pire qu'une faute, une erreur.» Das hat sich bedauerlicherweise als richtige Propheteiung erwiesen, gedacht war es als Warnung.



Dominique Brunner,
Publizist;
Direktor einer PR-Agentur;
Oberst i Gst;
8001 Zürich.

Der Verständlichkeit halber sollen die zwei anstössigsten Absätze der sozialdemokratischen Initiative in Erinnerung gerufen werden. Absatz 3 lautet: «Ausfuhr, Durchfuhr und Vermittlung von Gütern und Dienstleistungen, die sowohl für militärische wie zivile Zwecke verwendet werden können, sowie dazu notwendige Finanzierungsgeschäfte sind untersagt, falls der Erwerber diese für kriegstechnische Zwecke verwenden will.»

Darunter fallen Werkzeugmaschinen und viele weitere anspruchsvolle Produkte unserer Maschinenindustrie, Telekommunikation, Uhrenindustrie, chemischen Industrie, kurz so gut wie alles, was zum High-Tech-Bereich gehört. Wer soll denn dann feststellen, ob diese weite Palette von Produkten unserer Industrie ausgeführt werden darf oder nicht?

Die Antwort der Initiative: «Eine verwaltungsunabhängige Kommission des Bundes ist mit dem Vollzug betraut. Sie ist insbesondere befugt a) einzugreifen, wenn der Verdacht einer Verletzung von Absatz 3 oder 4 besteht; b) die Friedensverträglichkeit technologischer Entwicklungen zu bewerten; c) Inspektionen und Nachkontrollen durchzuführen.»

Damit ist eigentlich alles klar gesagt: Verlangt wird eine kommissarisch ausgeübte Kontrolle unserer Industrie, und zwar weiter Teile derselben und nicht etwa nur der eigentlichen Rüstungsindustrie. Fazit: die Schweizer Exportindustrie in der Hand von Politikern, teils von sozialistischen Extremisten!

Dass ein solcher Versuch, in unserer Wirtschaft unter dem Vorwand der Förderung des Friedens eine Staatskontrolle und -behinderung im Stile des zusammengebrochenen sowjetischen oder DDR-Sozialismus einzuführen, vom Volk abgelehnt werden wird, steht wohl fest.

Um so fragwürdiger erscheint das Verhalten des Bundesrates in dieser Frage. Obwohl er in den letzten Jahren dazu übergegangen ist, innerhalb kurzer Frist nach Zustandekommen eines Volksbegehrens seine Stellungnahme bekanntzugeben – Ablehnung oder Gegenvorschlag, eventuell der seltene Fall eines «Ja» zu einer Initiative –, hat er es bis zur Sommerpause unterlassen, zu diesem buchstäblich existenzgefährdenden Volksbegehren, das im September 1992 eingereicht wurde, Stellung zu nehmen. Es ist dieselbe Regierung, die grosse Worte über die Förderung des Wirtschaftsstandortes Schweiz und Revitalisierung und De-regulierung spricht...

Die Schuld daran trägt das EMD. Weil man – in offensichtlicher Verkennung der Vernunft des schweizerischen Souveräns – der sozialdemokratisch-pazifistischen Initiative Chancen einräumt, hat man die Gesetzesrevision so angelegt, dass sie als indirekter Gegenentwurf zur Initiative gelten kann. Das heisst zwangsläufig, dass man den Initianten entgegenkommt, sonst könnte von einem Gegenvorschlag nicht die Rede sein.

Der Entwurf des neuen Kriegsmaterialgesetzes schliesst denn auch nicht einfach etwaige Lücken des heutigen Gesetzes, das auf 1972 zurückgeht. Er reisst die Kontrolle über ein wesentlich erweitertes Feld von Industrieprodukten, eben dual-use-Produkten, und über den Technologietransfer an sich. Der Unterschied zur Initiative ist, dass man nicht von vornherein verbietet, sondern sich via Bewilligungspflicht vorbehält, zu verbieten.

Während die Wirtschaft für die Notwendigkeit des Exportkontrollgesetzes Verständnis aufbringt – sie unterzog sich unter dem Cocom-Regime schon bisher Kontrollen – hat sie im Rahmen der Vernehmlassung dem Kriegsmaterialgesetzes-Entwurf eine Absage erteilt, die einmütiger und entschiedener nicht hätte ausfallen können.

Und was geschieht? Man notifiziert unserer Wirtschaft, sie hätte das Gesetz nicht begriffen. Der Bundesrat schiebt den Entscheid über die Initiative vor sich hin.

Das Ergebnis ist zunehmende Rücksicht der sozialdemokratischen Initianten. Man hat dort wohl begriffen, dass die Initiative keine Chance hat und will beim Gesetz das Maximum an Konzessionen herausholen. ■